

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 26.

Freitag, 2. März.

1877.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 M. 50 Pf. vierteljährlich.

Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen; im
März, April und Herbst. Sachver-
ständigen auch auf den 12. Monat
bei Courants 4 54 Pf.

Inserte
best. Veranlassungen pr. Zeile 20 Pf.,
best. Privatangelegenheiten und sehr
zeile 30 Pf.

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.

Global-Expeditionen.
New-York: 501. 5th Ave. (Hessens-
haus-Verlag), 154 E. 42nd St.
Philadelphia: E. 4th, 600 North
3rd Street.
J. Hill, 1129 Charlotte St.
Chicago: W. Eastman, 206 Divi-
sion Street.
San Francisco: J. Hill, 418 O'Far-
rell Street.
London: Hill, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Der Zusammentritt des dritten deutschen Reichstags

entloft dem „Hamburger Correspondent“, einem der intelligentesten und folglich auch anständigsten Bourgeoisorgane Deutschlands, sehr melancholische Betrachtungen. „Die Verhältnisse“, so macht das reichstreuere Blatt seinem geprechten Herzen Luft, „unter denen die Thätigkeit des dritten deutschen Reichstags ihren Anfang nimmt, gewähren in eine nicht eben rosenfarbig aussehende Zukunft den Ausblick, und der erste gedämpfte Ton, durch welchen die diesmalige Thronrede ausgezeichnet ist, kann als getreuer Ausdruck einer weit verbreiteten Stimmung bezeichnet werden. Ueber dem gesammten Welttheile hängt eine drohende Kriegswolke — schwerer und unburchtichtiger als irgend eines der Gewölke, welche in den letzten Jahren über uns hinweggezogen sind. Deutschland ist — wie die Thronrede auch dieses Mal ausdrücklich hervorhebt — nicht direkt engagiert und bis jetzt von keiner Seite bedroht, es nimmt an der Erdkugel, deren politische Neugestaltung den Gegenstand allgemeiner Sorge bildet und anscheinend unvermeidlich geworden ist, keinen unmittelbaren Antheil und hat in ihr keine eigenen Interessen zu vertreten. Nichtsdestoweniger stehen auch die deutschen Staatsmänner unter dem Eindruck, daß eine Entscheidung bevorstehe, welche auch für sie präjudizialisch werden (eine Zwangslage schaffen) und das Eingreifen mit den Nachbarmächten fördern könne, dessen Fortbestand nach dem Zeugniß der Thronrede bis jetzt unverändert geblieben ist. Daß wir von allen Seiten umworben und als die geborenen Schiedsrichter in dem Widerstreit russischer und österreichisch-ungarischer Orient-Interessen bezeichnet werden und daß, wenn es zum Auserwählten kommen sollte, ein entscheidendes Wort von deutscher Seite kaum verlangt werden kann — gerade das macht die Schwierigkeit der Situation aus; im Hintergrunde dieser Situation aber lauert dieselbe französische Gefahr, die vor drei und vor sechs Jahren vorhanden war und durch die im Osten Europas herrschenden aggressiven Stimmungen erheblich näher gerückt worden ist.

Hand in Hand mit der politischen Verlegenheit im Orient geht eine wirtschaftliche, die über alle Theile Europas verbreitet ist, auf uns aber mit verdoppelter Schwere lastet. Es wird nächstens vier Jahre her sein, daß der auf den französischen Krieg folgende Zustand allgemeiner Prosperität und allgemeinen Vertrauens in sein Gegenheil umschlug, und noch immer läßt das Ende der damals ausgebrochenen Krisis sich nicht absehen. Tausende fleißiger Hände harren der Beschäftigung, die Aufgabe, einem zeitweisen und örtlichen Mangel an Beschäftigung abzuheben, wird selbst von der höchsten Stelle des Reichs anerkannt. Diesseits wie jenseits des Ozeans stockt der Absatz und befindet die Industrie sich in der Lage des Königs Midas, der inmitten goldener Schätze Hunger litt. „Mangel an Vertrauen“ hält die Wiederbelebung des Verkehrs mit eherner Gewalt nieder, Arbeiter und Arbeitgeber schieben einander wechselseitig die Verantwortung dafür in die Schuhe, daß wir in den Ruf gekommen sind, ebenso schlecht als preisverderbend zu produzieren, und daß die Zahl der uns erschlossenen fremden Märkte eher ab- als zunimmt. In alledem hat die eben geschlossene Wahlperiode den Beweis geführt, daß Unzufriedenheit und Begehrlichkeit (!) des vierten Standes durch den Druck der wirtschaftlichen Lage nur gefördert worden sind und daß die Zahl derer, welche allein vom gewaltsamen Umsturz des Bestehenden das Heil erwarten (so!), unaufhaltsam zunimmt.

„Zum ersten Male seit Aufrichtung des Reiches thut die Thronrede der Gefahren Erwähnung, welche der bestehenden Rechtsordnung durch anarchische Bestrebungen bereitet werden. Noch sind die Parteien, welche bisher Träger der nationalen Idee und ihrer praktischen Verwirklichung waren, in der Lage, bei richtiger Benutzung der Umstände das Heft in Händen zu behalten und „die wichtigen Aufgaben“, welche uns gestellt sind, „im Einklang mit den verbündeten Regierungen in Erledigung zu bringen“ — daß es mit dem Einfluß und Credit dieser Parteien rückwärts geht, wird aber nachgerade von allen Seiten zugestanden. Die „vorgeschrittenen“ Elemente des Liberalismus scheinen, nachdem sie ihren ursprünglichen Boden an die Sozialdemokratie verloren haben, um alle Haltung gekommen und dabei angelangt zu sein, mit ihren sozialistischen Konkurrenten den Wettkampf (?) aufnehmen zu wollen; der Nationalliberalismus fühlt sich mehr und mehr nach Rechts gedrängt, — einer Verständigung zwischen ihm und den konservativen Mächten der Gesellschaft sieht der (von der diesmaligen Thronrede mit Stillschweigen übergangene) Kirchenstreit aber noch immer als unüberwindliches Hinderniß im Wege. Die Zahl der von den Konservativen eroberten Wählkreise ist größer, als seit einer langen Reihe von Jahren — ob die konservative Sache von diesem Umstände Vortheil zu ziehen wissen wird, ist nichtstetsweniger höchst fraglich, denn es fehlt jede innere Einheit, jeder leitende Gedanke. — Deso lechter und zuverlässlicher geben sich die Parteien der systematischen Opposition, — allen zuvor die Männer des Centrums, welche mit allen feindlichen Elementen zu paktieren, bei jeder Verlegenheit der Regierung ihre Rechnung zu finden wissen und auf dem bequemsten Schemel eines abgeschlossenen, von einer unerschütterlich ergebenden Wählerschaft getragenen Programms dastehen und der kommenden Dinge harren.“

„So weit der „Hamburger Correspondent“. Das Ende des Artikels ist dem echt nationalliberalen Bestreben gewidmet, den Anfang des Artikels umzustossen; und der Verfasser bringt es glücklich fertig, sich am Schluss die „ruhige Sicherheit“ anzugewöhnen, „welche aus der kaiserlichen Thronrede zu uns spricht.“

Nun — Niemand ist verpflichtet, Logik zu haben, könnte man ein bekanntes Wort Hegel's modifizieren. Für uns haben bloß die Zugeständnisse des Artikelschreibers Interesse. Also, obgleich wir die „geborenen Schiedsrichter“ (unglückliche Nachbildung des unglücklichen „geborenen Präsidenten“ Simson) sind, so kann doch unter Umständen ein entscheidendes Wort von deutscher Seite kaum verlangt werden, und dann haben wir Frankreich auf dem Hals.

Unsere wirtschaftliche Lage ist ebenso trostlos wie die politische. Die Krisis, die sich überall fühlbar macht, lastet auf Deutschland „mit verdoppelter Schwere“ (warum? hütet der Verfasser sich zu sagen); und die deutsche Industrie ist vollständig in Verfall gekommen.

Um das Maß des Uebels zu füllen: die sämmtlichen liberalen Parteien sind bankrott, mit ihrem Einfluß geht es rückwärts, und die konservativen Parteien sind nicht besser gestellt, es fehlt ihnen „jede innere Einheit“, „jeder leitende Gedanke“. Ein erbärmliches Bild, das uns da entrollt wird. Wahrhaftig, mehr können wir von unseren Gegnern nicht verlangen; das bischen obligates Geschimpfe und Denunzieren („Begehrlichkeit des vierten Standes“, „gewaltsamer Umsturz des Bestehenden“ u.) nehmen wir gern mit in Kauf.

Welches Zeugniß aber, so fragen wir zum Schluss, stellen sich die Anhänger eines Systems aus, das ihrem eigenen Geständnisse nach auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet Schiffbruch gelitten hat? Oder will man etwa behaupten, das System sei für seine Früchte nicht verantwortlich? Die Bismarck'sche Blut- und Eisenpolitik und die Camphausen-Achenbach-Bleichröder'sche Wirtschaftspolitik sind nur ein Zwillingbaum aus einer und derselben Wurzel; die orientalische Frage, die Geschäftskrise, der Rückgang unserer Industrie, kurz der beispiellose politische und ökonomische Nothstand, welcher seit Jahren herrscht, sind die bitteren Früchte dieses Zwillingbaums. Und wer den Baum will, der muß auch die Früchte hinunterwürgen, koste es was es wolle. Wer hingegen die Früchte nicht will, der muß die Art an die Wurzel legen, an welcher der schädliche Zwillingbaum emporgewachsen ist.

Die Wurzel aber ist die heutige Gesellschaftsordnung mit ihrer Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital.

An diesem Punkt gilt es, den Hebel anzusetzen, wie die Sozialdemokratie lehrt. Nur die Sozialdemokratie kann uns von Zuständen befreien, deren Erbärmlichkeit der Artikelschreiber des „Hamburger Correspondenten“ zwar begriffen hat, deren Beseitigung zu fordern oder gar anzustreben ihm aber Klarheit und Muth fehlen.

Nochmals die Mißbräuche bei den Reichstagswahlen.

Gestatten Sie mir, mit Rücksicht auf die Erwiderung in Nr. 21 des „Vorwärts“, betreffend „Die Mißbräuche bei den Reichstagswahlen“, den Raum Ihres geschätzten Blattes nochmals in Anspruch zu nehmen. Bei näherer Betrachtung kann es doch wohl nicht genügen, wenn die Wahlzettelkonverts von jedem Wahlkreise selbst hergestellt, und mit dem Stempel des Wahlkommissars versehen, jedem Wahlberechtigten durch die Organe der Gemeindebehörden zugestellt werden.

Es läßt dieses Verfahren voraussetzen, daß die ganze Vorbereitung des Wahlaktes möglichst in der Hand der Behörden bleiben soll. Ich bin der Meinung, daß der Wahlkommissar nicht immer ein Landrath oder eine ähnliche Behörde sein soll, und daß die Aufstellung der Wahllisten nicht den Bürgermeistern allein zu überlassen ist. Schon das Ueberlassen der Beschaffung und Abstempelung der Couverts, sowie das Zustellen derselben durch Polizeidiener oder ähnliche Personen entspricht dem Prinzip des allgemeinen Wahlrechts sehr wenig. Die Couverts müssen aber jedenfalls in reichlicherem Maße, als wie etwa zwei Stück pro Wähler vorhanden sein. Es erscheint mir die Beschaffung der Couverts von Reichwegen in großen Quantitäten schon deshalb das allein richtige, weil diese Couverts für immer zu gebrauchen sind und nicht von dem jeweiligen Wahlkommissar abhängen. Es wird die Bemerkung der Redaktion in Nr. 19, daß die Couverts am Wahltag selbst im Wahllokale noch in genügender Zahl zur Benutzung ausgelegt sein müßten, als sehr richtig anerkannt. Wenn nun der Einsender erwähneter Erwiderung bemerkt, daß durch das Zustellen der Couverts alle diejenigen, welche nicht mit Couverts bedacht werden, daran erinnert würden, daß sie nicht in den Wahllisten vermerkt seien, so ver spreche ich mir hiervon gar keinen Erfolg, da mir diese Erinnerung zu unbestimmt erscheint und man auch am wenigsten versäumen würde, Denjenigen Couverts zuzustellen, welche man aus Parteirücksichten nicht an der Wahl theilnehmen lassen möchte. Einsender der Erwiderung wird wohl mit mir der Uebergangung sein, daß vor der letzten Wahl gewiß jeder bekannte Sozialdemokrat sein Couvert erhalten haben würde, auch wenn er nicht in der Wahlliste gestanden.

Mit Bezug auf die Wahlurnen bemerke ich, daß, abgesehen von jeder denkbaren Zusammenstellung des Wahlvorstandes, die Wahlhandlung selbst vor jeder Möglichkeit äußerer Einwirkung geschützt sein muß, und dies kann eben nur der Fall sein, wenn die von dem Gezeig verständigermaßen vorgesehene, verschlossene Urne zur allgemeinen Anwendung gelangt. Was nun den angeregten Vorschlag betreffend die Anordnung der stenographischen Verhandlungen des Reichstags an jeden Wähler betrifft, so will ich mich bemühen nachzuweisen, daß dieser Vorschlag sehr wohl diskutierbar und auch ausführbar ist.

Angenommen, die Reichsregierung schreibt vor jeder Session für jeden Wahlkreis eine Submision auf Herstellung der stenographischen Parlamentsberichte in 50 und 50 viel 1000 Exemplaren

aus, welche von dem Unternehmer an jeden Wahlbezirk in entsprechender Anzahl abzuliefern sind, wenn diesem Unternehmer die Zeit von Session zu Session zur Herstellung der Berichte gelassen wird; gewiß wird jede Druckerei in der Lage sein, die Ausführung zu übernehmen. Wir haben ja beispielsweise Zeitungen, welche diese Berichte täglich in ihre Spalten aufnehmen. Ich behaupte sogar, daß größere Druckereien in der Lage sind, für ganze Regierungsbezirke den Bedarf in der angegebenen Zeit zu decken. Die Beförderung von den einzelnen Wahlbezirken an die Adressaten resp. Wähler würde wohl auch nicht allzu große Schwierigkeiten bereiten. Oder hat Einsender der Erwiderung vielleicht den Kostenpunkt für unerschwinglich gehalten? Dann muß ich ihm bemerken, daß für gewisse Kreise die, wenn es gut geht, demnächst herrenlos werdende Pränden gewisser Domsitze nicht mal aufgewandt zu werden brauchen, um den besagten Zweck zu erreichen.

Daß nur sehr wenig Wähler von der Auslegung der Parlamentsverhandlungen in dem Gemeindehause Nutzen ziehen würden, liegt meiner Ansicht nach aus verschiedenen Gründen auf der Hand; aber auch ebenso sehr scheint mir die Behauptung, daß heute wohl 99 Prozent der Wähler nicht im Stande sein sollten, sich einen richtigen Einblick in die Parlamentsverhandlungen zu verschaffen, über das Ziel geschossen zu sein. Wer sich die Mühe machen will und sieht sich die Parlamentsberichte der verschiedenen Parteiblätter etwas näher an, der wird sehr wohl ein ziemlich getreues Bild erhalten. Es giebt zudem ja auch fast kein öffentliches Lokal, wo nicht verschiedene Parteiblätter gehalten werden. Aber abgesehen von alledem hält es Einsender dieses für eine ganz besondere Pflicht der Regierung, ihren Staatsbürgern Rechenschaft abzulegen über ihr Thun und über die Thätigkeit der vom Volke gewählten Vertreter, und dürfte für diesen Zweck weder Mühen noch Kosten gescheut werden.

J. P.

Sozialpolitische Ueberflut.

— Staatsmännische Studien. Man schreibt uns aus Wien: „Soeben erfuhr ich von einem kleinen Abenteuer, das dem Sohne — eines berühmten Staatsmannes und selbst Staatsmann in spe, während seiner Anwesenheit hier passierte und natürlich in der „guten“ Gesellschaft eifrig colportiert wird. Der junge Graf (ich glaube er führt diesen Titel) saß mit zwei Genossen aus der Geburtsstadt in einem Kabinett bei Sacher, dem „feinsten und nobelsten“ Restaurant Wiens, welches unter anderem auch dadurch merkwürdig ist, daß der bekannte „Demokrat“ und Sozialistenfresser Anton Langer sich dort täglich einen Champagnertrank holt. Dort saßen die drei Aristokraten und im Zimmer daneben eine Anzahl von Finanzaristokraten resp. Herrenjobber, aber nicht allein, sondern in Damengesellschaft. Stach dieselbe den Weinblättern in die Augen oder wurde ihnen ihre Einsamkeit langweilig, oder hatten sie schon zu viel Alkohol dinst im Kopfe, kurz, sie beschloßen, die Damen zu sich hereinzubringen — es wurde gelost und Graf — erhielt das ehrenvolle Amt, die Nachbarinnen zu entführen. Er war jedoch nicht so glücklich, wie Paris seiner Zeit mit der schönen Helena, er stieß auf Widerstand. Darob in seinem gräßlichen Herzen empört, wollte er seine hohe Abkunft beweisen und begann zu schimpfen und zu toben und unanständig zu werden, endlich wurden Ohreigenen angeheißt — nach der einen Version hätte der „Graf“ eine solche zuerst empfangen, nach der andern zuerst ertheilt, und schließlich fanden sich die drei Helden zerdroschen und zerlegt auf dem Strafenpflaster wieder, wo sich ein mitleidiger Fiaker ihrer erbarmte und die glorreich Verwundeten vom Kampfsplatze fortzuschaffte.“ Das Würdigen kann es noch weit bringen; jedenfalls qualifiziert es sich trefflich zum Gesellschaftsretter gegen die „unfittlichen“ und „rohen“ Sozialdemokraten.

— Die deutschen Volksschullehrer haben an den Robheitsstatistiker Friedrich Hartort zu dessen 84. Geburtstag eine Adresse erlassen, von der uns namentlich der Schlusssatz interessiert: „Hochverehrter Herr! Nur den einen Wunsch bringen wir. Möge Ihre Lebenssonne den Niedergang so lange verzögern, bis Sie geschaut haben, um was Sie ein Menschenalter gekämpft: ein freieschulisches Unterrichtsrecht für Preußen.“ Charakteristisch ist es für die „freieschulische“ Entwicklung in Preußen, daß man den Kampf für ein freieschulisches Unterrichtsrecht ein ganzes Menschenalter kämpfen muß. Beiläufig geht dieser Glückwunsch von der richtigen Erwägung aus, daß bis zur Erreichung dieses Kampfes noch eine gute Weile Zeit vergehen, also auch, wenn der Wunsch sich erfüllt, die Lebenssonne Hartort's noch lange nicht untergehen wird. Wie jetzt die Lust weht, sind für freieschulisches Gesetz die Vorbedingungen durchaus nicht gegeben.

— Ein Denunziantengente. Ein solches in seinem Redaktionsbureau zu haben ist die „Dresdener Zeitung“ so glücklich. Gefälligst einer Besprechung des Prozesses Rudolfs Meyer schreibt das wackere Organ nämlich wörtlich: „Die Verurtheilung des Dr. Meyer veranlaßt eine Mittheilung an uns, daß dieselbe Verurtheilung wider den deutschen Reichskanzler in einer Versammlung in der hiesigen Tonhalle von dem Reichstagsabgeordneten Diebnecht völlig ungerügt öffentlich ausgesprochen worden ist. Der anwesende Polizeibeamte hörte die verrätherische Verurtheilung, daß Bleichröder den deutschen Reichskanzler bestochen habe, mit größter Gemüthsruhe an. Wenn die Sache sich wirklich so verhält, so verdient dieser Beamte eine scharfe Rüge.“ Köstlich sein ausgedacht, wirklich; mit indianischer Schlau-

heit wirft man sich auf den nachlässigen Beamten, um natürlich die angebliche Schuld Liebknecht's in einem desto grelleren Lichte erscheinen zu lassen. Nur schade, daß die Thatsache umgedreht und entfleht werden mußte, um dem ganzen Kriegesplan eine thatächliche Operationsbasis zu geben. Wir constatieren hiermit, daß Liebknecht in der betreffenden Versammlung gar nicht gesagt: Bismarck hat das und das gethan, sondern vielmehr: Bismarck ist wesentlich beschuldigt worden, das und das gethan zu haben und hat bis dato noch nicht geklagt. Und so standen die Dinge damals thatächlich. Bekanntlich hat die Klagerhebung ziemlich lange auf sich warten lassen. Beiläufig ist trotz des bis jetzt glücklich geführten Prozesses das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen. Herr v. Dieck-Daber wird demnächst ebenfalls vor Gericht erscheinen und es fragt sich, ob der Herr Lessendorff die Sache so leicht machen wird, wie sein Vorgänger Talschau und (Reuven-) Meyer. Diese auf Winkelzüge gegen Liebknecht gerichtete Denunciation zeigt wieder einmal recht deutlich, daß es auf ehrlichem geradem Wege allemal unmöglich ist, unserer Sache zu schaden.

Die Berliner Arbeiter sozialistischer Richtung — und diese bilden, wenn man von dem Hirsch-Daunderschen Nachtrag der Fortschrittspartei absteht, so ziemlich die Gesamtheit der Berliner Arbeiterschaft — haben sich in einer imposanten Kundgebung gegen das zusehende Verhärten der Reichs- und Communalbehörden gegenüber dem furchtbaren Nothstande, welcher die Arbeiter Deutschlands jetzt heim sucht, ausgesprochen. In äußerst zahlreich besuchten und Sonntag den 18. Februar abgehaltenen Volksversammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die Folgen einer unerschütterlichen schwindelhaften Gründerperiode in Verbindung mit der durch eine beständige Kriegsgefahr und sonstige politische Wirren erzeugten Unsicherheit auf wirtschaftlichem Gebiete sich in einer furchtbaren aufstretenden Krise äußert, namentlich auch in Berlin offenbaren, welche Tausende und Abertausende von fleißigen und strebsamen Menschen zwischen Hungertod und Bettelstab stellen, ja bereits Unzählige in die Arme des Verbrechens oder zum Selbstmord getrieben hat;

„in weiterer Erwägung, daß dieser krasse Nothstand endlich beseitigt werden muß, wenn nicht Hungertypus und ähnliche Epidemien beträchtliche Volkskreise ergreifen, resp. hinraffen sollen;

„in weiterer Erwägung, daß es des Volkes unwürdig wäre, wenn es durch Almosen oder unproduktive Nothbauten oder dergleichen zwischen Leben und Sterben hingehalten würde;

„und endlich in Erwägung, daß die Behörden des Reiches, des preussischen Staates und der Stadt Berlin sich im Besitze des beträchtlichen Fonds zur Schaffung zahlreicher öffentlicher Bauwerke befinden, die seither ungenutzter Weise gar nicht oder nur ganz spärlich ihren Zwecken zugewendet worden sind, erklärt die im Besitze des (folgt für jede Versammlung der betreffenden Ort) am Sonntag den 18. Februar tagende, circa (folgt die betr. Zahl) Köpfe starke Volksversammlung, welche ihr Bureau beauftragt, hiervon den betreffenden öffentlichen Behörden und Verwaltungskörpern Mittheilung zu machen:

1) Das Reichskanzleramt ist verpflichtet, alle zu Bauten verwilligten Gelder schleunigst ihren Zwecken zuzuführen, event. dem deutschen Reichstage ein Gesetz betreffs weiterer Arbeiten, nöthigenfalls unter Aufnahme einer größeren Anleihe, vorzulegen; insbesondere hat das Reichskanzleramt Sorge zu tragen, daß endlich das Parlamentsgebäude, für welches seit Jahren 25 Millionen Mark bereit liegen, in Angriff genommen wird.

2) Der deutsche Reichstag hat in seiner Eigenschaft als Volksvertretungs- und Gesetzgebungskörper die Reichsregierung zu veranlassen, daß sie ungekürzt alle jene Werke ausführen läßt, welche sich als nothwendig herausgestellt haben.

3) Die preussische Regierung hat dem durch das preussische allgemeine Landrecht (2. Theil, Titel 19, § 2) anerkannten Recht auf Arbeit dadurch Geltung zu verschaffen, daß sie, ohne die Winkelzüge und endlosen Wege des Bureaucratismus zu beschreiten und dadurch die Sache zu verschleppen, nichts unterläßt, was dem arbeitslosen Theile des Volkes Beschäftigung zu verschaffen geeignet ist. Wege, Brücken, Kanal- und Eisenbahnbauten dürften dabei in erster Linie in Betracht zu ziehen sein.

4) Der Magistrat und das Stadtverordneten-Collegium von Berlin, welche schon seit langem über die Schöpfung einer großen Anzahl von absolut nothwendigen Institutionen und über sonstige bauliche Unternehmungen unterhandeln und sich größten-

theils bereits im Besitze der hierzu erforderlichen Mittel befinden, werden daran gemahnt, endlich die Verathungen zum Abschlusse zu bringen und handelnd vorzugehen.“

— Haben wir drüben. In der habsburgischen Kaiserstadt herrscht die Noth in ebenso erschreckendem Maße, wie in der hohenzollernschen; Nothstandsversammlungen und Massen-demonstrationen werden dort wie hier in's Leben gerufen und die einschlägigen Fragen werden vielfach erörtert. So auch im Gemeinderath von Wien. Wir heben nur ein paar treffliche Gedanken aus den gepflogenen Unterhandlungen heraus. Einer der Herren wies darauf hin, daß durch allerlei öffentliche Bauunternehmungen ganzen Klassen der wachsenden Bevölkerung gar nicht gedient ist. Sehr wahr! Wir haben selbst gesehen, wie arme, an eine sitzende Lebensweise gewöhnte Weber beim Strafen- und Bahnbau durch diese ganz entgegengesetzte Thätigkeit gar bald genöthigt waren, diese Art Arbeit aufzugeben, weil ihnen die nöthige Kraft fehlte, die Strapazen der neuen Beschäftigung auszuhalten. Nun bilden aber Weber und andere Manufakturisten den größten Theil der Brot- und Arbeitslosen, also ist die Maßregel eine hohle und könnte nur ein Glied in einer organischen Arbeitsertheilung seitens der Commune sein. Und in der That scheint man sich lediglich auf Bauunternehmungen beschränken zu wollen, wenigstens hört man von Maßregeln auf anderen Gebieten wenig. Die Beschäftigung an Bauten würde auch die Arbeiter anderer, besonders feinerer Branchen demoralisiren und ihre Erwerbsfähigkeit in ihrem eigentlichen Gebiet gefährden. Ferner berührte man den Umstand, daß selbst in Zeiten der Noth ganze Paläste mit Pariser Arbeiter ausgefüllt wurden, und nicht nur von Privaten, sondern selbst solche Aufträge seien nach außen, nach Rumänien, Rußland und Italien z. B., ertheilt worden, die aus dem Säckel der Steuerzahler bezahlt worden seien. Der „Gewerkschafter“, dem wir diese Angaben entnahmen, äußert, ein Mittel, welches die Herren übersehen hätten, sei ein Gesetz, welches die Arbeitszeit in allen Fabriken und Werkstätten auf vorläufig 8 Stunden herabsetzt. Daß dies sehr vernünftig wäre, ist keine Frage, es würden eben mehr Arbeiter aller Branchen beschäftigt und der Noth in umfangreicherer Weise gesteuert werden können; aber der „Gewerkschafter“ macht eben die Rechnung ohne die Fabrik- und Werkstättenbesitzer, ohne die Bourgeoisie, die direkt ja die Noth noch nicht empfindet. Geht es ihr an den Hals, so muß das Geld der Steuerzahler ihre faulen Bohn- und Aktienunternehmungen unterstützen; bei der Noth der Arbeiter steht die Sache aber „ganz anders!“ Uebrigens wurde in einer der Nothstandsversammlungen in Berlin in der Societätsbrauerei, in der Genosse Baumann referirte, ebenfalls der Normalarbeitszeit beizugehen als eine Vorlage, die schnellstmöglichst dem neuen Reichstag vorgelegt werden müsse.

— Der Kampf gegen den Sozialismus wird, wie bei uns in Deutschland, so auch in Oesterreich mit ungechwächten Kräften fortgeführt. Nicht genug damit, daß die österreichischen Arbeiter durch Verbot fast sämtlicher, selbst der harmlosesten Organisationen nahezu mundtot gemacht sind, geht die österreichische Regierung gegen die dortige Arbeiterpresse in einer Weise vor, die geradezu komisch genannt werden könnte, wenn die unausgesetzten Verfolgungen derselben den Arbeitern nicht das letzte Mittel raubten, ihre Stimme in dem allseitigen Interessenkampfe zur Geltung zu bringen. Wir übertreiben nicht, wenn wir mittheilen, daß vom „Arbeiterfreund“ in Reichenberg und der „Gleichheit“ in Wien jede Nummer infolge von Confiskationen verschiedener Artikel fast zur Hälfte in weißer Gestalt erscheint. Zur Abwechslung erfolgt dann auch einmal die Confiskation einer ganzen Nummer, wie das erst jüngst der letzten Nummer (8) der „Gleichheit“ passirt ist. Aber immer nur zu so! Die Vergewaltigung ist ja noch immer das letzte und dazu auch sehr rasch abgebrauchte Mittel gewesen, mit welchem die Vertreter alter Anschauungen und brutaler Interessen neu aufsteigenden humanistischen Ideen entgegenzutreten sind. Je nachdrücklicher die Gegner des Sozialismus sich dieses letzten Mittels bedienen, je besser für den Sozialismus, denn je eher sind sie am Ende ihres Lateins.

— So agitirt man. Wie wir durch unser Breslauer Parteiorgan, die „Wahrheit“ erfahren, waren auf den Abend vor der Neuwahl nicht weniger als sechs-zehn Volksversammlungen anberaumt. In den vier Tagen vor der Wahl wurden im Ganzen siebenunddreißig Versammlungen abgehalten. Bravo!

— Auch der Gemeinderath von Marseille hat sich

jetzt entschlossen, dem Beispiele des Gemeinderaths von Lyon folgend, die arbeitslosen Lyoner Arbeiter zu unterstützen — mit 10,000 Frs. baar; außerdem wird er für 1/2 Mill. öffentliche Bauten ausführen lassen, um die Versailer Arbeiter zu beschäftigen. Man sieht daraus, daß die französische Bourgeoisie nicht ganz so herzlos und auch nicht ganz so dumm ist, wie die deutsche.

— In der vom Birnbaum'schen Comité einberufenen Wähler-versammlung, welche am 21. Febr. in Meerane statt hatte, machte Liebknecht auf mehrere Fälle von Beeinflussung und Maßregelung durch Arbeitgeber aufmerksam, und nannte u. A. die Firmen: Straß u. Sohn und J. Thieme u. Compagnie. Der anwesende Vertreter der ersteren konnte nicht in Abrede stellen, daß Arbeiterinnen, welche Abends zuvor die von sozialdemokratischer Seite einberufene Volksversammlung besucht hatten, deshalb gemäßigter worden waren, wollte jedoch sonderbarer Weise darin keine Wahlbeeinflussung erblicken, weil — die Arbeiterinnen ja nicht das Wahlrecht hätten! (Uebrigens versicherte er, daß diese Maßregel zurückgenommen sei.) Ein Vertreter der Firma Thieme u. Comp. leugnete Alles und forderte Liebknecht zum Widerruf auf, der selbstverständlich nicht erfolgen konnte, da Liebknecht nur gesagt hatte, was ihm von zuverlässigen Personen mitgetheilt worden.

Am Sonntag erhielt Liebknecht folgenden Brief:
Meerane, 24. Februar 1877.
Herrn Reichstagsabgeordneten Liebknecht
Leipzig.

Wir erachten es für unsere Pflicht, Sie von der gegen eine Aeußerung von Ihnen gerichteten Erklärung unserer sämtlichen Arbeiter und Angestellten in Kenntniß zu setzen, was denn durch Uebersendung eines Exemplares des hiesigen „Wochenblattes“ geschieht.

In wie fern Sie Veranlassung nehmen werden, auf Grund dieser Erklärung auch Ihrerseits die uns angethane Beleidigung zu sühnen, bleiben wir zu erfahren gewärtig und zeichnen
Ergebenst
J. Thieme u. Comp.

Darauf antwortete Liebknecht:
Herrn J. Thieme u. Comp.
in Meerane.

Die „Erklärung Ihrer sämtlichen Arbeiter und Angestellten“ kann mich um so weniger zur Zurücknahme des von mir Gesagten bestimmen, als die nämliche Nummer des „Meeraner Wochenblattes“, welche die „Erklärung Ihrer sämtlichen Arbeiter und Angestellten“ bringt, eine ähnliche, den gleichen Zweck verfolgende Erklärung der „Wahlberechtigten aus der mechanischen Weberei der Herren Straß u. Sohn“ enthält, welche letztere Erklärung sich jedem aufmerksamen Leser sofort als Vertuschung der Wahrheit kennzeichnet.

Was ich in der Wählerversammlung vom 21. d. in Bezug auf Ihre Fabrik sagte, war mir von durchaus zuverlässiger Seite mitgetheilt worden. Ich habe seitdem genauere Nachforschungen angestellt, deren Resultat ich spätestens binnen 14 Tagen er-warte. Ergiebt sich, daß ich falsch berichtet war, so werde ich nicht anstehen, dies öffentlich zu erklären. Ergiebt sich das Gegentheil, so werde ich diesen, wie zahlreiche andere Fälle von Beeinflussung durch Arbeitgeber oder deren Agenten unabsichtlich vor das Tribunal der öffentlichen Meinung ziehen und im Reichstag zur Sprache bringen.
Leipzig, den 26. Februar 1877.
Ergebenst
W. Liebknecht.

Die in obigem Brief erwähnten zwei Erklärungen lauten:
Erklärung.

Die Unterzeichneten erklären hiermit an Eidesstatt, daß weder von den Inhabern der Firma J. Thieme u. Co. persönlich, noch von irgend Jemand in deren Auftrage Versuche gemacht worden sind, betreffs unserer Stimmenabgabe für die Wahl eines Reichstagsabgeordneten einen Einfluß oder gar einen Druck auf uns auszuüben.

Die von Herrn Liebknecht in der Versammlung des Städtischen Vereins in Bezug auf die Firma J. Thieme u. Co. gethane Aeußerung erklären wir somit für unwahr.

Meerane, den 23. Februar 1877.
Sämtliche Arbeiter und Angestellte im Geschäft
J. Thieme u. Co.

Entgegnung.
Als Entgegnung auf die von Herrn Liebknecht in der am 21. d. M. in Härtel's Saale stattgefundenen öffentlichen Wähler-versammlung ausgesprochene Anschuldigung, eine unerlaubte Wahlbeeinflussung auf uns von Seiten unserer Herren Arbeitgeber

Die Uhren-Fabrikation in den Vereinigten Staaten Amerikas oder Maschinenarbeit gegen Handarbeit.

(Auszüge aus einer Rede, gehalten in dem Amphitheater des Primary College von la Chaux de Fonds Dienstag, den 14. November 1876, durch Herrn Favre-Perret, Mitglied der Internationalen Jury von Uhren bei der Ausstellung in Philadelphia und einen der Schweizer Commissäre in den Vereinigten Staaten.)

Herr Arnold-Grotjean, Präsident der Handelskammer, kündigte an, daß Herr Eduard Favre-Perret, Mitglied der Internationalen Jury von Uhren bei der Philadelphiaer Ausstellung freundlichst eingewilligt habe, in la Chaux de Fonds die Rede zu wiederholen, welche von ihm in Vevay und Neuchâtel über die Lage der Uhren-Industrie in den Vereinigten Staaten gehalten wurde.

Die Handelskammer würde gern gesehen haben, wenn sie im Stande gewesen wäre, einige Erzeugnisse der amerikanischen Uhren-Fabrikation vorzulegen, allein es war nicht möglich. In einigen Tagen wird eine Auswahl von 12 amerikanischen Uhren in der Horological-Schule (Schule für Uhrmacher) ausgelegt werden, die Jedermann zur Einsicht dienen werden.

Herr Grotjean fügte dann hinzu, daß er nach Verlesung der Redner gern jede Frage beantworten würde, die ihm vorgelegt werde.

Hierauf folgte der Vortrag Favre-Perret's:

Meine Herren! Ich muß damit anfangen, Ihnen mitzutheilen, daß Sie nicht einen Redner vor sich haben, sondern einen Fabrikanten, und als solcher bitte ich um Rücksicht. Ich werde Ihnen Auskunft geben, welche leider nicht günstig ist, und zwar über die Schweizer Uhren-Industrie gegenüber der amerikanischen. Ich werde Ihnen von Thatsachen sprechen, welche ich gesehen habe und wie ich dieselben aufgefassen habe. Offenheit ist hierin nothwendiger als alles andere, denn durch Verbergen der schlechten Seiten einer schwierigen Lage kann man nicht dahin gelangen, sie zu bessern.

Es ist natürlich, meine Herren, daß ich Ihnen nicht einen vollständigen Bericht meiner Beobachtungen bei der Philadelphiaer Ausstellung bieten werde, dieselben werde ich in einem Berichte

an den Bundesrath darlegen. Ich werde mich darauf beschränken, über amerikanische Uhrenverfertigung zu sprechen und dieselbe mit unserer eigenen und derjenigen unserer Nachbarstaaten zu vergleichen. Ich werde Ihnen mehr in Zahlen sprechen, Zahlen, wissen Sie, haben ihre eigene Beredsamkeit. Seit lange hörten wir hier von amerikanischer Concurrenz, ohne es zu glauben. Die Zweifler — und es waren deren viele — verneinten die Möglichkeit einer so schnellen und wichtigen Concurrenz. Heute sind wir durch Beweise gezwungen, die Existenz einer solchen von bedeutender Tragweite anzuerkennen. Wir haben die Beweise unter unseren eigenen Augen, wir haben die amerikanischen Fabriken gesehen und wir haben uns von deren Leistungsfähigkeit genau überzeugen können. — Wir haben die amerikanischen Fabriken in derselben Weise behandelt, wie die Fabriken der Nachbarstaaten, an deren Zukunft wir anfangs nicht glauben wollten und welche heute eine ernste Concurrenz bieten. Ich beziehe mich auf Besangon, Vienne, St. Jmier, Morat, Schaffhausen. Wir müssen diese Beispiele in Betracht ziehen und keine Anstrengungen sparen, uns auf dem Niveau unserer Rivalen zu halten und uns nicht von denselben überbieten lassen, wie es in den verflochtenen Jahren der Fall war. Bevor wir zu der Uhren-fabrikation der Vereinigten Staaten übergehen, lassen Sie uns in einigen Zeilen die Fabrikation in Besangon untersuchen, welche wie Jedermann weiß, bis an's Ende des letzten Jahrhunderts zurückzuführen ist. Sie wurde durch eine Colonie von Neuchâtelern gegründet.

1845	54,000	Uhren,
1855	192,000	„
1865	296,000	„
1875	420,000	„

Heute versteht Besangon den großen Markt Frankreichs und bereitet sich vor, mit den anderen europäischen Märkten zu concurriren.

Wohlan, meine Herren, wir sind auf demselben Wege, was die Vereinigten Staaten betrifft. Lange Zeit war Amerika der Hauptmarkt für unsere Uhren, Amerika war so zu sagen unsere Milchkuh. Heute müssen wir uns ernstlich vorbereiten, mit den Amerikanern zu kämpfen auf dem Felde, wo wir bis heute die Herren waren. Einige von Ihnen werden Herrn Dennison kennen, welcher sozusagen der Vater der amerikanischen Uhren-

Fabrikation war. Herr Dennison reiste durch den Kanton Neuchâtel, studirte unsere Fabrikationsweise, suchte sich von Allem zu unterrichten und nahm von der schwachen Seite unserer Industrie sorgfältige Kenntniß. Nach seiner Rückkehr in Boston errichtete er eine Fabrik in Boston, die Bostoner Uhren-Gesellschaft. Dies war 1854. Das Kapital, kaum 100,000 Dollars, wurde mehr durch Kapitalisten als durch praktische Geschäftsleute gezeichnet. Im Anfange beschäftigte sich die Gesellschaft bloß mit den rohen, skeletartigen Bewegungstheilen und war aus deren Fertigstellung für den Markt bedacht. — Schlagwerk, Balanciers, Juwelen etc. wurden aus der Schweiz importirt. Nach und nach erweiterte die Fabrik ihre Operationen und erzeugte noch andere Theile. Trotz dieses Fortschrittes entsprach diese Betriebsweise nicht dem amerikanischen Charakter, welcher ungern das Kapital fast unfruchtbar liegen läßt, und so verließen die Kapitalisten die Fabrik und sie fallirte 1856.

Ein anderer Amerikaner, Herr Robins, den Sie auch, meine Herren, gekannt haben, als er mit uns in Handelsverbindung stand, vermittelte gute Spekulation und kaufte die ganze Fabrik einschließlich der Werkzeuge für 75,000 Dollars. Ein Jahr darauf übertrug er sie mit 145,000 Doll. an eine neue Gesellschaft, welche sich als die „Amerikanische Uhren-Gesellschaft“ (A. Watch Co.) mit 200,000 Doll. Kapital incorporirte. Das Kapital wurde bald ungenügend und auf 300,000 Dollars vor dem Secessionskriege gebracht. Dieser Krieg, welcher geeignet schien, ein solches Unternehmen zu zerstören, war im Gegentheil zu dessen Heile ausgefallen. Amerika setzte eine Million Soldaten auf den Kriegsfuß und da Jeder eine Uhr brauchte, so war große Nachfrage auf dem Uhren-Markt. In dieser Conjunktur, welche für unsere Industrie eine günstige werden konnte, verließen wir, unser eignes Interesse zu erkennen. Statt gute Uhren den Amerikanern zu schicken, wurde der größte Ausschub dahin gesandt.

Ja, wäre es thöulich gewesen, das bloße Räderwerk dorthin zu schicken, so wäre dies hier auch als genügend erachtet worden. Die Amerikaner jedoch arbeiteten nach einem ganz anderen Plan; die Gesellschaft vergrößerte ihre Aufgabe und stellte bald eine bessere gewöhnliche Uhr her als die Schweizer Uhren waren. Nach einigen Jahren und vom Patriotismus begünstigt, genos die amerikanische Uhr eines besseren Rufes, während die unsrige

betreffend, erklären wir hiermit der Wahrheit gemäß, daß wir in keiner Weise beeinflusst worden sind und die Herren Straß und Schöne einigen Arbeiterinnen der Ordnung halber nur in Folge ihres früheren Verlassens der Arbeit gekündigt, inzwischen aber auf erfolgtes Ansuchen die Kündigung wieder aufgehoben haben.

Die Wahlberechtigten aus der mechanischen Weberei der Herren Straß u. Sohn.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse“ hatte sich am Sonnabend, den 24. Februar, des Besuchs einer Anzahl Polizeibeamter zu erfreuen, die sich angelegentlich nach der dritten Lieferung des „Blödnern im Exil“ erkundigten. Da den Abgesandten Tessendorf's natürlich die verlangte Auskunft nicht erteilt wurde, machten sich die Herren selber an die Arbeit und durchstöberten die Lokalitäten genannter Expedition, ohne auch nur ein Exemplar der gesuchten Druckschrift finden zu können. Und da sie nicht fanden, was sie suchten, so gingen sie wieder.

Das amtlich ermittelte Ergebnis der Nachwahl im 17. sächsischen Wahlkreis (Glauchau-Meerane) ist: Bracke 10,763, Birnbaum 8966.

Gegen Bebel ist ein Bismarck'scher Strafantrag (Nr. zweitausend und —?) eingelaufen; die angebliche Verleumdung des Reichstages soll in der Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags“ verübt worden sein.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Prag, 26. Februar 1877.

Werthe Genossen!

Mit Spannung folgten wir dem Wahlkampf in Deutschland und mit Freude erfüllt uns Euer Erfolg. Ihr habt ganz Eure Pflicht gethan und der Erfolg Eurer Anstrengungen ist glänzend. Euer Erfolg ist unser Erfolg; Euer Sieg, durch den wir der Verwirklichung der sozialistischen Idee um ein Bedeutendes näher gerückt sind, ist unser Sieg. Ehre den Sozialisten Deutschlands! Hoch die Vereinigung der Proletarier aller Länder!

Im Namen der tschechischen Sozialisten:
August Horac. Lad. Japotoch. Franz Maracek. Joseph Bernaschek. Anton Trezsa. Anton Kos. Joseph Brans.

Offenes Schreiben an die Redaktion des „Vorwärts“ zu Leipzig.

Die geehrte Redaktion hat kürzlich, gleichwie früher diejenige des am 1. Oktober v. J. geschlossenen „Volkstaat“, vermittelt einer Reihe von Artikeln im „Vorwärts“, dem Publikum über die mir durch verschiedene preussische Behörden und Beamte wiederfahrenen — berichtet. Dabei ist ganz klar dargestellt, wie es möglich gemacht werden konnte, mich durch gerichtliches rechtskräftiges Erkenntnis, welches indeß ex falsa causa (wegen falscher, unrichtiger Ursache) der Nullität (Nichtigkeit) anheimfällt, für einen Blödnern erklären zu lassen, obgleich ich ein solcher nicht bin und nie war. Ich hebe hervor, daß, weil ich beim Beginn des betreffenden Gerichtsverfahrens zu Berlin wohnte, ich die Kompetenz des Berliner Kreisgerichts bestritt und diejenige des Stadtgerichts dortselbst behauptete, mich vor jenem dann auch gar nicht weiter ausließ. Die Kompetenz wurde aber festgehalten und ich wurde, ungehört, verurteilt, weil das Berliner Polizeipräsidium amtlich zu den Akten erklärt hatte, daß ich in Berlin seit dem Jahre 1869 polizeilich nicht angemeldet worden sei. Dies ist, wie zwei von mir inzwischen beschaffte Dokumente, sogar eine Bescheinigung des Berliner Einwohner-Registramts, beweisen, ein falsum, „falsa causa“ und — darum: „Nullität des betreffenden Erkenntnisses“, wie ich vorher es angab!

Für die Bemühungen der so hilfsbereiten Redaktion in Betreff meiner schwierigen Sache habe ich zunächst hier meinen wärmsten Dank zu sagen, obgleich all' dergleichen, was in meinem Interesse geschieht, ja offenbar völlig vergeblich ist. Denn, wenn der Graf zu Eulenburg, welcher neulich im Abgeordnetenhaus zu Berlin, zu fast allgemeiner Gemüthsung, erklärte: er hoffe, mit dem Abgeordneten Schröder, daß er seinen Posten bald würde verlassen können, noch immer preussischer Minister ist, obgleich meine Gattin in einer Petition an die Abgeordneten vom 12. Juni 1875, wovon Abschriften an des Königs Wilhelm Majestät und an das preussische Staatsministerium, gleichwie an den bezeichneten Grafen selbst gelangt sind, diesen geradehin als „einen ordinären Verbrecher“ in Betreff meiner — denunziert überall in Risikredit waren. Das Kapital wurde auf 750,000 Dollars gebracht und die Operationen der neuen Gesellschaft nahmen immense Verhältnisse an. Während der folgenden Jahre ging der Handel so gut, daß überall neue Uhren-Fabriken entstanden. Jedermann wollte Uhren machen. Heute giebt es an 11 Fabriken. Die Baltham-Gesellschaft beschäftigt an 900 Arbeiter und fertigt ungefähr 425 Werke pro Tag. Die Gesellschaft vermehrte wiederum ihr Kapital im Jahre 1872. Heute ist es 1,500,000 Dollars, außer 300,000 Dollars Reservefonds oder 9 Millionen Francs Kapital. Die Uhrenfabrik ist eine wahre Macht, es giebt keine solche in Europa. Wir haben sie in all' ihren Einzelheiten gesehen, wir haben die splendide Organisation bewundert. Ihre Werkzeuge arbeiten so regelmäßig, daß alle einzelnen Theile einer Uhr ausgetauscht werden können und zwar vermittelt einer einfachen brieflichen Mitteilung, ohne daß man nötig hätte, andere Theile der Uhr mitzubringen. Die Frage ist oft aufgeworfen worden, ob die Amerikaner die Nachfrage ihrer Märkte befriedigen können. Ja, sie können es, wir sind vom amerikanischen Markt vertrieben, ich nehme davon die complicirten Uhren aus, in welchen wir die Ersten sind und hoffentlich bleiben werden. (Schluß folgt.)

Johannes Scherr. In Nr. 3 Jahrgang 1877 der „Deutschen Dichterhalle“, die sich mehr durch gutes Papier, als durch gute Gedichte empfiehlt, steht ein Aufsatz von Johannes Scherr, der folgenden Passus enthält:

„Ich weiß nicht, ob es Anderen auch so ergehen wird, aber mich hat von der Evidenz und Unhaltbarkeit unserer gesellschaftlichen Zustände diese Lebensbeschreibung eines deutschen Poeten eindringlicher überzeugt, als alle die großen, krassen, immer zur Hälfte, oft zu zwei Dritteln verlogenen Schilderungen, welche die gewerbmäßigen, „vor Begabung“ reichenden und predigenden Agitatoren vom „sozialen Elend“ entwerfen.“

Im Jahre 1848 war Scherr Abgeordneter in der württembergischen Kammer; er sollte als Feind der Regierung 1849 verhaftet werden. Durch einen Polizeidiener rechtzeitig gewarnt, gelang es ihm aus Stuttgart in die Schweiz zu entkommen.“ (Dichterlexikon S. 271.) Johannes Scherr ist gegenwärtig Professor der Geschichte in Zürich, Mitarbeiter der Leipziger „Gartenlaube“, gleichwohl „von der Evidenz unserer gesellschaftlichen Zustände überzeugt“, schreibt er „vor Begabung“, oft zu zwei Dritteln verlogene Schilderungen.“ Wahrscheinlich, der

hat, — — dann ist's wahrlich hart faul dort im preussischen Staate. Uebrigens hat der berühmte Professor Dr. Rudolph Virchow jenes ihm von mir anvertraute Schriftstück vom 12. Juni 1875, welches ich der Redaktion gelegentlich in Abschrift zur Veröffentlichung werde zugehen lassen, im Originale zurückbehalten, und selbst meine Erklärungen an die Fortschritts-Fraktion, deren Vorstand er mit bildet, dahin: „daß ich dies Stückchen veröffentlichten und dem Staatsanwalt melden würde.“ hat den Herrn Professor nicht einmal vermocht, eine Verlegung des Geschehenen nachzusehen. So werde ich ihn denn behandeln, wie er es verdient. — Ist nun wohl auf die förmlich vermittelnden Angriffe aller Art, welche ja in Masse die Artikel des „Volkstaat“ und des „Vorwärts“ enthalten, auch nur von irgend einer Seite irgend welche Abwehr oder auch nur die kleinste Bemerkung erfolgt? — Nein. — Selbst die öffentlichen Blätter aller Farben, schweigen sie nicht durchaus bei solchen erdrückenden, zerschmetternden Anklagen, wie sie in meiner Sache das sonst von den Gegnern so aufmerksam gelesene Organ der Sozialdemokratie, vor welcher man doch wohl jetzt einigen Respekt bekommen hat, wider die Staatsgewalt in dem vermeintlichen Rechtsstaat par excellence — scharf genug ausdrückt? — Die Steine könnten reden, meine hohe Staatsregierung aber mit ihrem ganzen Gefolge jeglicher Art — schweigt dennoch in diesem schmählichen Falle, und mein erhabener Herr sogar, der, allgemein, und mit Recht, für so gerecht erachtete König Wilhelm, Kaiser von Deutschland, hat leider bisher auf alle meine devoten Gesuche um Applaudierung der heilsamen Angelegenheit, wogu ich gern bereit bin, oder um strengste öffentliche Untersuchung derselben, mit Kamhaftmachung der dabei schuldigen und mir also regreßpflichtigen Staatsdiener, mich, gleich Allerhöchstherrlichen Behörden, nach wie vor, ohne Bescheidung zu lassen geruht. Und doch giebt mir die preussische Verfassungsurkunde, zweifellos, ein garantirtes Recht darauf, Bescheidung zu erhalten. — Ich habe inzwischen noch nicht einmal meinen vorletzten Schadzuzug gethan, die Broschüre nämlich ist noch nicht herausgegeben, welche das ganze Verfahren gegen mich von Anfang bis zu Ende klar und bloßstellt und genau und grell beleuchtet. Denn ich möchte zuvor erst sehen, wie Abgeordnetenhaus und Reichstag in Berlin definitiv dasjenige erledigen, was ich ihnen überwiesen habe. Allerdings weiß ich bereits, daß ich von dorthen auch nicht viel erwarten darf, denn die eine meiner Petitionen wurde zunächst völlig unbefugt in den Akten vergraben — ich hörte noch nicht, durch weissen Freundlichkeit —, zwei andere sollen gar nicht mit der Post, der ich sie hier in der Schweiz übergeben habe, eingetroffen sein — ich entdeckte noch nicht, wer sie unterschlug — und die angebliche Erledigung der letzten Petition an's Abgeordnetenhaus scheint nur fingirt zu sein. — wie und warum? Das ist noch nicht ganz aufgeklärt. — Wahrlich, es geschieht immerhin Außerordentliches von allen Seiten, um mich todtzuschweigen und zu beseitigen und mich in Vergessenheit zu bringen. Ich hoffe aber, daß das nicht gelingen wird. Denn nimmer werde ich ablassen, die Anerkennung meines schwer verletzten staatsbürgerlichen Rechts und meiner frivolen in den Koth getretenen Mannesehre zu erstreben, bis solche entweder vollstän- dig erfolgt ist oder sich das Grab über mich schließt. Ich gehe langsam und geduldig, aber unaufhaltbar und raslos vor und auf mein Ziel los. — Damit das große Publikum, welches mir seine Sympathien so überraschend vielfach und herzlich zu erkennen gegeben hat, so daß mir sogar anonyme Geldsendungen zugehen, jedoch fortan auch stets beurtheilen könne, wie ich meine Sache führe, indeß ich für „blödnern“ gelte, möchte ich den ferneren Kampf mit der mir gegenüberstehenden furchtbaren Macht, der preussischen Beamtenhierarchie in den Polizei- und Justiz-Resorts — ganz öffentlich führen. Ich wollte daher an alle diejenigen Stellen dasheim, von wo ich auf meine Vorstellungen und Bitten nicht beschieden wurde und so auch an meinen, vielleicht nicht richtig über mich informirten und mir sonst so gnädig geweihten Landesherren, den ehrwürdigen deutschen Kaiser, submissiv — offene Schreiben richten und darauf auch offene Bescheidungen vermittelst der Zeitungen und — wenn auch nicht express an mich gerichtet, so doch für's Publikum — mir zu erheischen erlauben. Erfolgt solche Bescheidungen alsdann nicht, so dürften diejenigen öffentlich verurtheilt ein, welche, selbigen Interpellationen und Provokationen gegenüber, das Publikum durch Schweigen darüber aufklären, was alles an mir getrieben worden ist. — Ich bitte die verehrliche Redaktion des „Vorwärts“ sehr angelegentlich, mir dabei wie bisher hilfreich sein zu wollen und sonach die erwähnten offenen, stets nur kurz sein sollenden Schreiben des „Blödnern“ in ihrem vielgelesenen Blatte Spalten anzunehmen. — Der Abdruck dieses längeren offenen Schreibens im „Vorwärts“ würde mir

Mann verdiente es feinerzeit, durch einen „Polizidiener“ gereizt zu werden.

Leibeigene. Nach offiziellen Angaben betrug am 1. Januar d. J. die Zahl der noch nicht aus der Robotschaft abgelösten ehemaligen Leibeigenen der 37 Gouvernements Rußlands, in denen seit 1861 das Emanzipationsgesetz gilt, immer noch 2,007,854. Im Ganzen wurden bis jetzt 5,413,345 Leibeigene (nur die Familienhäupter gezählt) zu landbesitzenden, freien Bauern gemacht, darunter 639,636 mit Unterstützung durch den Staat.

Alte Zeitung. In der Universitätsbibliothek zu Heidelberg wurde ein fast ganz vollständig erhaltener Jahrgang einer gedruckten Zeitung aus dem Jahre 1609 aufgefunden. Der Titel dieser bis jetzt ältesten bekannten deutschen Zeitung, vielleicht eine der größten typographischen Seltenheiten neuerer Zeit, lautet buchstäblich folgendermaßen:

Relation:
Aler Rürnem-
men und gedentwürdigem
Historien, so sich his vnd wider
in Hoch vnd Nieder-Deutschland, auch
in Frankreich, Italien, Schott- und Engelland
Hispanten, Hungern, Polen, Siebenbürgen,
Wallachey, Moldau, Türcley u. In
diesem 1609. Jahr verlauffen
vnd zutragen möchte.
Alles auff das treulich wie
ich solche bekommen vnd zu wegen
bringen mag, in Truck ver-
fertigen will.

Schweizer. Als die „Neue Frankf. Presse“ nach dem Durchfall ihres frankfurter Kandidaten zur Reichstagswahl ihren schmerzlichen Gefühlen Ausdruck gab, ist ihr etwas Menschliches passiert. Indem sie hofft, daß es ihrer Partei bald gelingen werde, in den von der Demokratie seit her beherrschten Kreisen dem Licht und der wahren Freiheit zum Siege zu verhelfen, war daselbst statt dessen zu lesen: „zum Sturze zu verhelfen.“

Universität in Australien. Die Universität von Port-Adelaide (Hafen- und Hauptstadt der englischen Colonie Südastralien, am Torrensflusse) hat soeben das Fest ihres einjährigen Bestehens gefeiert. Die Zahl der Studirenden beträgt 14, worunter 7 Damen sind! —

und dem Publikum ein Zeichen sein können, daß meine Absicht bestens und treulich gewürdigt wird. — Schließlich will ich hier aber noch die Zuversicht aussprechen, daß alle deutschen öffentlichen Blätter, welche sich zu der anständigen, ehrlichen und freien, nicht servilen und feilen, Presse rechnen, ihr Vesepublikum wahrhaft von dem allen in Kenntniß setzen werden, was der ihnen sonst nicht behagende „Vorwärts“ von mir, dem schlimmen, unheilbaren und gemeingefährlichen — „Blödnern der preussischen Staatsgewalt“, — demnächst enthält.

Zürich, den 22. Februar 1877.

Waldemar von Puttkammer,
Königl. Preuss. Rittmeister und Landweh-
Escadronführer etc.

Correspondenzen.

Altona. Der Ausschluß der Arbeiter bei Kohn ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Weißbach, Bevollmächtigter der Schuhmachergewerkschaft.

Braunschweig, 22. Februar. Trotz unserer Bahnliederlage können sich die Gegner ihres Sieges nicht freuen. In der Stadt hatten wir die große Majorität und nur die Landbevölkerung gab den Ausschlag zu Gunsten der Liberalen. Stolz können unsere Gegner auf ihren Sieg nicht sein, denn es waren nur 147 Stimmen über die absolute Majorität, mit denen der liberale Candidat gesiegt hat. Sie rüsten denn auch zu neuen Kämpfen und fordern Alle, welche treu zu Kaiser und Reich stehen, auf, sich schon jetzt um das „liberale“ Banner zu schaaren. Angesichts dieser Kühnheit der Gegner müssen auch wir unsere Schuldbiligkeit thun und alle Kraft daran setzen, daß im Jahre 1880 ein Sozialist Braunschweig im Reichstag vertritt. Ohne Kampf kein Sieg! L. Vofe.

Braunschweig, 26. Februar. Am Sonnabend Abend wurde Bracke zur Feier seines Sieges in Glauchau-Meerane von fünf Gesangsvereinen (Liederhalle, Einigkeit, Harmonia, Gutenberg und Passalia) ein Ständchen gebracht. Obwohl keine Bekanntmachung erfolgt war, hatten sich doch an 2000 Personen eingefunden. Der ganze geräumige Hofraum und Viele, Speicher- und Haus-Treppen waren dicht besetzt und massenhaftes Publikum hatte sich auf der Straße gesammelt. Kolosky hielt eine kurze Ansprache, die mit einem Hoch auf Bracke schloß, der seinerseits den Versammelten seinen Dank ausdrückte und sie aufforderte, ihrerseits in ein Hoch einzustimmen auf die braven und tapfern Arbeiter von Glauchau-Meerane, die trotz des auf sie von den Gegnern geübten Druckes, trotz des Elends, das auf ihnen lastet, in so glänzender Weise sich als Männer bewährt haben. In dieses Hoch auf unsere Brüder in Glauchau-Meerane stimmten die Versammelten begeistert ein.

Mannheim, 30. Januar. (Gesamtbericht.) Die Agitation wurde Ende September von Genosse Dreesbach eingeleitet. Derselbe begann zu Hasloch mit gutem Erfolg am 24., unterstützt von Ehrhardt, wie auch am 25. zu Dürkheim, am 26. hielt Dreesbach der Partei zu Mannheim einen gelungenen Vortrag, am 28. war eine Volksversammlung zu Neustadt, den 29. in Lamprecht mit ebensoviel Beifall. Versammlungen zu Weiden- thal und Elmstein wurden uns durch Lokal-schwierigkeiten und bürgermeisterliche Gesezesunkenntnis vereitelt. Den 20. Oktober zu Neustadt hatte eine glänzende besuchte Versammlung statt, in welcher das bekannte liberale Beweismaterial: Brüllen, Knäuel etc. in's Feld geführt wurde, trotzdem für uns von großem Vortheil. Den 3. in Edenkoben versuchte der dortige Bürgermeister Dreesbach eine Standrede zu halten. Den 7. fand in Neustadt Fortsetzung der am 2. Oktober aufgelösten Versammlung statt; der liberale Generalsab war vollzählig am Platze, aber die Replik von Dreesbach, Ehrhart und einigen anderen schmerzte so, daß er bald das Feld räumte. Den 8. Oktober fand Dreesbach's Vortrag, unterstützt von Ehrhart etc. allgemeinen Beifall. Den 9. in Frankenthal hielt Dreesbach die erste Versammlung seit drei Jahren ab mit sehr gutem Verlauf. Den 10. in Mannheim referirte Dreesbach über die Reichstagswahlen, Ehrhart über den letzten Sozialistencongrès. Den 11. in der Holzarbeiter-gewerkschaft Ludwigshafen fand Dreesbach ungetrübten Beifall; desgleichen am 16. in der Mannheimer Schneidergewerkschaft sowie in den Volksversammlungen am 15. in Oggersheim, 17. in Darmstadt, 18. in Speyer, 19. im Schreinerbund zu Mann- heim, 20. in Frankenthal, 21. in Mannheim, 22. in Mutterstedt, 24. in Heidelberg, 25. und 28. in Karlsruhe, 30. in Conzang, 1. November in Göppingen, 4. in Reutlingen, 5. in Emingen, 6. in Ehlingen, 8. in Stuttgart, 9. ebendasselbst beim Schreiner- bund, 11. Volksversammlung und 12. zum Stiftungsfest des Tischlerbunds war er Festredner, 14. in Pforzheim, 15. in Karlsruhe. Nach so angestrengter Thätigkeit war derselbe sehr angegriffen und mußte eine Pause eintreten lassen. Den 21. war Dreesbach in Offenbach, den 22. in Ludwigshafen mit un- geschwächter Energie wieder thätig. Den 25. in der Mannheimer Vorstadt Schweigengergärten, den 26. in Räfertal und Mai in Speyer, den 27. Dreesbach und Mai in Speyer, den 28. Drees- bach und Koch in Oggersheim, den 29. Dreesbach wieder in Speyer, um den liberalen Maulhelden, voran dem dortigen Redakteur v. Bangerow, den Beweis zu liefern, daß er sich durch Brüllen nicht mundtot machen lasse; die Gegner bezeichneten Dreesbach's dortiges Auftreten als musterhaft. Daran reihten sich Versammlungen zu Vemprecht und Hasloch, die ebenfalls, wie die vorangehenden, sehr gut verliefen. Vom 3. Dezember ab war Dreesbach im Offenbacher Wahlkreise thätig; am 16. fand wieder in Mannheim stark besuchte Volksversammlung statt, in der Dreesbach die nationalliberale Presse hiesigen Orts sowie die sogenannten Mannheimer Demokraten tüchtig geißelte. Den 17. fand in Weinheim eine guten Erfolg versprechende Ver- sammlung von Dreesbach, unterstützt von Eisenhauer, statt. Am 17. war in Mannheim unsere Weihnachtsbescherung, die eine Menschenmasse auf den Gambirindkeller zusammenführte, wie dies noch nie zuvor dagesessen war; die Opferwilligkeit der Mannheimer Arbeiter bez. Parteigenossen hat am genannten Tage herrliche Früchte getragen. Den 20. referirte Dreesbach in Landau vor größtentheils „gebildeten“ Auditorium, die Versamm- lung verlief trotz der verschiednen, den heutigen Liberalismus kenn- zeichnenden Vorkommnisse sehr zu unsern Gunsten. Die Ver- sammlungen in Neustadt war lokal Verhältniß halber schwach besucht, desto ausgezeichneter jedoch verlief die Versammlung in Elmstein, wo- selbst Dreesbach seine Candidatenrede hielt; es war dies die zweite Versammlung, die in genanntem Orte stattfand. In Ludwigshafen erfolgte nunmehr die Proklamirung des Candidaten für den Wahlkreis Speyer-Frankenthal; nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag von Dreesbach wurde derselbe von Ehrhart zum Candidaten unter rauschendem Beifall vorgeschlagen. Den 23. Dezember fand auch zu Mannheim eine sehr interessante Versammlung statt, einberufen von der sogenannten Mannheimer Demokratie. Zur angelegten Zeit war denn auch der Badener Hof von den Sozialisten buchstäblich besetzt; als nunmehr die Auchdemokraten triumphirend angezogen kamen, war es ergözend, die Grimassen zu sehen. Gleich bei der Eröffnung verlangte

Mai das Wort zur Geschäftsordnung, um die Wahl eines Bureau zu verlangen, diese „unverschämte Forderung“ jedoch brachte die angeblichen Volksmänner so außer Fassung, daß sie fürchterlich brüllten; darnach trat der Candidat derselben, das Schoofkind der Mannheimer Philister, Herr v. Feder, in die Arena, um zu erklären, daß er schon zweimal hereingefallen und nunmehr am Abgrunde des dritten Falles stehe. Ihm wollte Mai entgegen, allein der Ständel von jener Seite mehrte sich derart, daß der Landtagsabgeordnete Schneider die Gelegenheit wahrnahm, die Versammlung zu schließen, die Sozialisten zogen ab, und wer dem nicht nachkam, wurde schließlich auf unanständige Weise transportiert; dann ging die Parteidelegierten von neuem los. Den 24. Abends referierte Dreesbach noch zu Freienheim unter allgemeinem Beifall, den 26. Ehrhart und Mai in Ruttstett und Dreesbach in Neustadt mit gutem Erfolg. Es folgten nunmehr noch einige Versammlungen zu Heidelberg und Karlsruhe. Mittwoch den 27. Dezember wurde Mai auf Frouenthaler Requisition verhaftet, und zwar wegen des ersten und letzten Artikels der Agitationsnummer; man hielt ihn vier Wochen gefangen und ließ ihn nach der Wahl frei, um ihn an das Schwurgericht zu verweisen; man war jedenfalls der Meinung, uns dadurch großen Nachtheil zu bereiten, allein daß wir dies gehörig und mit Erfolg benutzten, ist natürlich. Eine der glänzendsten Versammlungen zu Mannheim fand Freitag den 29. Dezember, von uns einberufen, statt, in derselben sollte das Treiben unserer Asterdemokraten gekennzeichnet werden. Ehrhart referierte über verschiedene Vorgänge, worauf Dreesbach ebenso gelungen über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Compromiß im Reichstage“ sprach. — Von den Versammlungen, die von genanntem Tage bis zur Reichstagswahl stattfanden, sind als besonders beachtenswerth hervorzuheben eine von Dreesbach abgehaltene zu Mundenheim, die ausgezeichnet verlief, eine von Ehrhart in Naunersheim. Auf letzterer versuchte ein Stud. med. zu interpellieren; er hielt seine eingezeichnete Rede schon vor der Versammlung am Viertisch; bei der Versammlung war das Latein des Herrn zu Ende und er erging sich in allen rednerischen Luftsprüngen über alles Mögliche und Unmögliche. Eine fernere Versammlung zu Freienheim wurde, da die Anzeige Samstag um 4 Uhr auf Sonntag um 3 Uhr Nachmittags, also eine Stunde zu spät erfolgte, vereitelt, was jedoch nicht verhinderte, daß sich die gesamte Arbeitererschaft dortselbst um ihren Candidaten sammelte und dieser in ungehindertem Gespräch seine Bestrebungen auseinandersetzte. Am 6. Januar hatte Herr Julius Schulze sich die Sozialdemokraten als Hilscheibe seiner Redebeiträge auszuweisen; derselbe war der Meinung, es seien die Sozialisten nicht vertreten, allein Ehrhart lieferte ihm, obwohl man demselben die Redezeit beschränkte, den Beweis, daß es jedem Arbeiter ein Leichtes ist, die verteilenden, nach Denunziation riefenden Anschuldigungen der Gegner zurückzuweisen. Nun mag der bescheidene Julius die Erfahrung gemacht haben, daß in der Pfalz, und namentlich da wo wir Boden gefaßt, für ihn kein Weizen blühe. Montag den 8. Januar hatte die hohe Geistlichkeit von Speyer eine Volksversammlung nach Mundenheim berufen, in der sie glaubte den Rahm von Dreesbach's erfolgreicher Thätigkeit abzuschöpfen, allein Ehrhart und Eichenhauer gaben ihnen verschiedene Denksätze, die sie noch am 10. Januar spärten. An genannten Tage hatte auch Dreesbach wieder eine sehr gute Versammlung zu Speyer. Am 9. Januar sollte nunmehr in Ludwigshafen unserer Agitation die Krone aufgesetzt werden, die dortige Versammlung war zum Erdrücken besetzt; bei seinem Eintreten wurde Dreesbach mit stürmischem Beifall empfangen; er verstand es denn auch, in anderthalb-stündiger fließender Rede die Anwesenden zu fesseln; der anwesende bisherige Vertreter des Kreises hatte ob dieser Stimmung nicht den Muth, das Wort zu ergreifen, dafür jedoch ein Schulmeisterlein namens Haberkam, der vorgab, schon vor Jahren in einer sächsischen Stadt den Genossen Bebel abgefertigt zu haben. Bessens Geisteskind derselbe war, das zeigte Dreesbach und Ehrhart der Versammlung so deutlich, daß er das Gelächde gehen haben soll, niemals mehr vor öffentlich versammeltem Volke aufschneiden zu wollen.

Ziehen wir nunmehr die Summe unserer unermüdbaren Agitation zusammen, so können wir wohl mit den Resultaten zufrieden sein; können wir auch nicht wie die Brüder im Norden Tausende aufmarschieren lassen, so müssen doch die Verhältnisse hierorts berücksichtigt werden. Doch haben wir bereits in verschiedenen Orten der Pfalz relative, theilweise auch absolute Majoritäten erzielt. In dem Kreis Neustadt-Bandau erhielt Dreesbach 879 Stimmen, im Jahre 1874 gar keine. Im Wahlkreis Speyer-Frankenthal Dreesbach 1780, im Jahre 1874 752. In Mannheim Bebel 1684, im Jahre 1874 1040. Heidelberg hat seine Stimmzahl ebenfalls mindestens verdoppelt, Karlsruhe erzielte 600 Stimmen. Unser Wirken brachte uns somit über 6000 Stimmen; schaffen wir so fort, so muß die Zukunft unser sein. Vor der Wahl schon erlähmte die Liberalen eine Anzahl von Flugblättern, die die erbärmlichsten Schmähungen wider uns enthielten; nun sie das Resultat sehen, können sie heute mehren in allen Tonarten; der „Pfälzer Kurier“ verlangt schon heilsame Mittel gegen die Kanaille. Ueber Wahlbeeinflussungen wird allwärts geklagt, auch wir hätten deren eine Unmasse aufzuzählen. Mögen sich jetzt einstweilen unsere Gegner ob ihrer Pyrrhussiege freuen. Mit Maßregelungen hat man auch bereits den Anfang gemacht. — Nun denn, Genossen, auf zu neuem Kampf und zum Sieg.

Mit sozialistischem Gruß
J. A. des Agitationscomités der Pfalz und Baden:
F. J. Ehrhardt, J. 1, Nr. 17.
NB. Abrechnung erfolgt auf dem nächsten Arbeitstag.
Mannheim. (Eine Literatenperle der herrschenden Klassen.) Die hiesige Strafkammer beschäftigte sich am Freitag, den 9. Februar mit einem Falle, der, obwohl in „Vorwärts“ schon angedeutet, doch des Interessanten genug bietet, um noch einmal erwähnt zu werden. Es hatte sich nämlich einer der greulichsten Sozialistenfresser, ein gewisser Fritz Brentano, der schon eine Reihe von Jahren als gewisser Satrape an dem Bismarck'schen Triumphkarren gezogen, wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Es schien dem liberalen Parteiführer (jetzigen Reichstagsabgeordneten) Kiefer als Staatsanwalt schwer zu fallen, einen jahrelangen, getreuen Mitkämpfer der Gerechtigkeit zu überliefern. Fritz Brentano war Redakteur und angeblicher Besitzer des hiesigen „Neuen Mannheimer Anzeiger“, den der Volksmund ob seines literarischen Diebstahls den Namen Bärenzeitung beigelegt hat. Brentano ist verheiratet, war früher Schachspieler und hatte vor Antritt seiner hiesigen Stelle eine solche in Mainz inne mit 2200 Thlr. Gehalt. Er wurde bis zu seinem 23. Lebensjahr dreimal zu mehrmonatlichem Gefängnis wegen Diebstahls, im Jahre 1863 sogar zu 2 Jahren Zuchthaus wegen wiederholt groben Diebstahls verurtheilt. — Er druckte für die Rheinische Creditbank Schuldenformulare und behielt sich einige derselben zurück, um in betrügerischer Weise davon Gebrauch zu machen. Den Anfang mit dem Betrug machte er bei einem Hrn. Schröder, der Vorsteherin einer hiesigen

„Wirtschaft“ die ihm schon verschiedene Darlehne gemacht hatte. Brentano fällt zu diesem Zweck eines der obigen Formulare auf die Summe von 830 Mark 19 Pfg. aus und ließ sich die Summe von 320 Mark als Vorschuß ausändigen. Ein Beweis, auf welche Weise dieser saubere Patron zarte Bande zu würdigen weiß. Obwohl Brentano versuchte, sein intimes Verhältnis zu vorbemerktem Hause in Abrede zu stellen, so belehren uns doch Briefe, die bei der Verhandlung zur Verlesung gelangten, hinlänglich hierüber. Zu seiner Vertheidigung machte Brentano geltend, daß er seit 14 Jahren nicht mehr (gestohlen) bestraft. Welches Wunder bei 2200 Thlr. Gehalt? Ferner, daß seine Arbeiter ihn mit dem fälligen Lohn drängten, sowie seine verzeihungsvolle petuniäre Lage. Bemerkenswerth sind die Beschuldigungen Brentano's gegen den früheren Besitzer F. Schneider, welchen er als Schwindler und Betrüger hinstellt. In der That ist es auch ein sonderbares Geschick, das auf betr. Unternehmen ruht. F. Schneider, ein dunkler Ehrenmann, der sich vom rothesten Jakobiner bis zum schwarzesten Reaktionsär umgewandelt hat, stand vor Jahresfrist vor demselben Gericht, angeklagt der falschen Versicherung an Eidesstatt, um dadurch Vermögensvortheile zu erzielen. Derselbe versagte jedoch über einen großen Geldbeutel, es gelang ihm, seine Freisprechung zu erwirken. Der Staatsanwalt ergriff Rekurs, der allerdings die Freisprechung bestätigte. Die öffentliche Meinung jedoch war anderer Ansicht. Letzterer Umstand veranlaßte denn auch F. Schneider, sein seitheriges Mannheimer Paradies zu verlassen. Derselbe ist jetzt Eigentümer und Herausgeber der offiziellen „Straßburger Zeitung“. Daraus ist zu ersehen, wofür Geisteslinder die Vertreter der heutigen Ordnung sind. — Der geschorne Brentano hat übrigens versprochen, bei dem Gantverfahren näheres über besagten Schneider der Öffentlichkeit zu übergeben, und werde ich mich beeilen, sobald die verschiedenen dunklen Thaten offiziell constatirt sind, sie dem „Vorwärts“ zu übermitteln. Wie ich schon anführte, der reiche Schneider ist noch im Ansehen und macht noch die öffentliche Meinung. Fritz Brentano ist zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt. Die Herren Richter nahmen mildernde Umstände an. —

Zwickau. Wenn wir der Verpflichtung, den Parteigenossen über die Wahlagitacion in unserm Wahlkreis Bericht zu erstatten nachkommen, so soll dies in Berücksichtigung des erklärlichen Stoffandranges bei der Redaktion d. Bl. in gedrängtester Kürze geschehen. Wir hielten während der Wahlbewegung 40 Versammlungen ab, die fast alle gut besucht und 1/2 davon überfüllt waren. Referenten waren die Genossen Hasenclever in einer Versammlung, dann Kotteler, Rehlhorn, Kanert, Ebert, Stolle und mehrere Genossen aus dem Agitationscomité.

Das immermehr sich verbreitende Verständniß und die gerechte Würdigung des sozialistischen Prinzips sowie der selbstverständlich in der schmutzigsten Weise geführte Kampf der Gegner erwarb uns das gewiß zufriedenstellende Resultat 1874: Matteler 8941, Streit (liberal) 7531; 1877: Matteler 10,971, Händel (liberal) 5116, Walter (fortschrittlich-conservativ) 1752. Also die Gegner haben bei aller Anstrengung und Anwendung der verwerflichsten Mittel einen Rückgang von 663 Stimmen, wir aber einen Zuwachs von 2030 Stimmen zu verzeichnen. Zahlen sprechen, nur ist der Umstand zu beachten, daß unsere Gegner in ihrer Verjüngung weder hören noch sehen. Ist uns auch recht. Die Agitation für die immer weitere Ausbreitung der sozialistischen Idee ist sofort wieder aufgenommen worden und wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Das Central-Wahlcomité des 18. sächsischen Wahlkreises. Glauchau, 21. Februar. (Politische Maßregelung.) Gestern Vormittag wurde unser Parteigenosse Julius Seifert, beschäftigt in der Leuchner'schen Fabrik, durch den Procurist Kneff entlassen, weil er — sozialistischen Ideen huldigte. Ein eigenhändliches Zusammenreffen (?) fügte es, das Tags vorher in einer Volksversammlung in Niederlungwitz Fabrikbesitzer Seidel behauptet hatte, im 17. Wahlkreis sei noch kein Arbeiter seiner politischen Ansichten halber gemahregelt worden, worauf Seifert erwiderte, daß dies doch vorgekommen sei. — Auf solche Art und Weise verlangt das auf seinen Geldsack pochende Großkapitalistenhum, daß der Arbeiter sich nur ihm physisch unterwerfe und ausbeuten lasse, sondern auch geistig soll der Arbeiter geknechtet werden. Für die elenden paar Lohnpfennige soll der nach dem Gesetz freie deutsche Staatsbürger dem Geldsack auch noch seinen Charakter, seine Männlichkeit verkaufen. Es wurde Seifert mitgetheilt, daß er dableiben könne, wenn er von seinen Ideen ablassen wolle, worauf derselbe manhaft erwiderte, daß er seine Gesinnung nicht verlaufe und daß es gleichgültig sei, in welchem Geschäft er verhungere. (Glauchauer Nachr.)

Glauchau. Zur Unterstützung der Radwahl gingen bei uns ein: 70,00 vom Wahlcomité Dresden durch J. J. Peters; 10,00 aus Leipzig von einem ehemaligen Anhänger Birbaum's; 3,00 von einem Freunde unserer Sache durch C. Freylich in Dresden; 1,00 von Adolph Schulze aus Simez; 1,00 von Reinhold Wisdemann in Lauban; 3,00 von Carl Schumann aus Umbach gesammelt; 10,00 von H. Rind aus Zittau; 40,00 von den Parteigenossen Wiefelsfeld durch H. Kuhlmann; 4,30 von den Cigarrenarbeitern der Fabrik Wenzlow u. Sohn in Berlin durch J. Bohnstedt; 17,00 von den Parteigenossen Leipzigs durch H. Janßen; 1,00 von B. K. in Leipzig; 5,00 von F. R. in Berlin; 5,00 von L. M. in Nürnberg; 3,00 vom Verein Glauchau; 4,00 zweiter Beitrag eines ehemaligen Anhängers von Birbaum; 3,00 von F. T. Glauchau; 3,00 von St. Glauchau. Summa: 184,30.
Die Exped. der „Glauchauer Nachrichten“.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben sich betrefis ihrer Thätigkeit in der laufenden Session verständigt. Sie werden u. A. ein Arbeiterschutzgesetz und ein Gesetz zum Schutz der Wähler und zur Garantie der Wahlfreiheit (gegen Beeinflussungen seitens Beamter und Arbeitgeber) beantragen.

Die Expeditionen aller Parteiblätter werden gebeten, während der Dauer der Session je 2 Exemplare an das Bureau des Reichstags zu senden.

Berichtigung. In dem Aufsatz „Le Socialisme contemporain en Allemagne“ ist am Ende des ersten Abzuges zu lesen für Labouret (ein niedriger Sessel) Cabaret = Thee- oder Koffeebrett.

Briefkasten der Redaktion. Den Parteigenossen in Freiburg: Das Bilderbuch ist der Drucker e. übergeben; ich habe die Veröffentlichung aufs Wärmste angerathen. Eine geschäftliche Entscheidung steht mir nicht zu B. E. — Dr. Ph. R. in Rheinau: Wollen Sie uns nicht gefälligst den Inhalt der Abhandlung kurz angeben. — I. in Düsseldorf: Ihrem freundlichen Brief, für den wir herzlich danken, ist Folge geleistet. — J. S. in Erbach i. Odenwald: Heuer finden wir das Willkürliche Geschichtswort nicht, auch ist dasselbe nicht werthlos, doch glauben wir, daß es derzeit etwas veraltet sein dürfte. Die Arabische Geschichte der Revolution gleicht annähernd zuverlässige Thatfachen mit Dokumenten in schöner

Sprache, ist aber vom strengen monarchistischen Standpunkt geschrieben und demgemäß gefärbt. Das beste Handbuch ist wohl noch immer das Rignier'sche.

R. in B.: Sendung erhalten. Luitting erfolgt von Parteiwegen. Für Red. d. „Vorwärts“: B. Liebknecht.
der Expedition. Wahlverein Ottenen: Ihr Depot für Annoncen ist bereits am 12,10 M. überschritten; wir müssen daher um Geldsendung ersuchen.

Die Parteicolportente werden freundlichst ersucht, Ihre genaueren Adressen an mich gelangen zu lassen.
Hagen i. Westf. Carl Klein.
pr. Ad.: Wilt. Dreitelhoff, Bergstr.

Luitting. Dr. Wgr Paris Schr. 4,00. Arbeiterbild. Verein hier Ann. 3,00. Bild hier Ab. 1,80. Für Wien Ab. 1,62. Stifft Harburg Ann. 0,70. Rhyon Barmen Ab. 200,00. Frh Königsberg Schr. 6,65. Almer Cannstadt Schr. 4,60. Hbverein der Manufakturarbeiter S. Zwickau Ab. 3,28. Br. Sieben Ab. 8,00. Ruzimann Reutlingen Schr. 1,65. Dr. Donabrad Ab. 10,20. Utschige Herlasgrün Schr. 3,80. Lz Halberstadt Schr. 2,20. Almer Bremen Schr. 11,00. Hb. Marburg Schr. 7,00. Agr. Aggersdorf Schr. 3,20. Brdm Gotha Ab. 14,20. Hb. Frankfurt Ab. 21,20. Bng. Rühlheim Schr. 2,25. Kch. Straburg Schr. 2,22. Bild hier Ann. 0,80. Hbn Kleinschöcher Ab. 0,60. Bnar Pöben Ab. 2,00. Wahlverein Limmer Ann. 0,40. Schgl. Graz Ab. 15,00. Sief. Kiel Ann. 1,00. Vg. Hannover Ann. 0,10. Schrdr hier Ann. 0,60. Hschr. Kleinschöcher Ab. 12,00. Wbr. Dettlingen Ab. 1,00. Rdr. Halle Ab. 8,00. Drp. Verden Ab. 8,00. Dr. Bodenheim Ab. 7,00. Grth. Nachen Schr. 6,98.

Wahlfonds. Bon T. Grlitz d. Jhl. u. B. hier 19,70. Arbeiterver. Plogwitz d. Quenzel 0,70.

Anzeigen etc. Altona. Sonnabend, den 3. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Koppelmann's Salon: Volksversammlung. Tagesordnung: Vortrag. D. Reimer. [50]

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 3. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Vogt, Mittelstraße 11: Geschlossene Versammlung. Tagesordnung: 1) Abrechnung. 2) Anträge von Meister Schröder u. f. w. Der Vorstand. [70]

Kiel. Sonnabend, den 3. März, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“: Öffentliche Sozialisten-Versammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jeder Gesinnungsgenosse wird ersucht zu erscheinen. Chr. Stard. [70]

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 3. März, Abends 8 Uhr: Versammlung. Am Lühbenweg, Restauration von Jul. Renzel. Tagesordnung: Gewerkschaftliches. [40]

Leipzig. „Tonhalle“. Donnerstag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in der Volksversammlung. Tagesordnung: Die Wahlagitacion im 17. sächsischen Wahlkreis und die liberale Presse. Referenten Liebknecht und Kanert. Der Einberufer. [90]

Zimmer. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 3. März, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Hengstmann: Öffentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag. D. B. [40]

Sonntag, den 4. März Wahl-Sieges-Fest im Salon „Germania“ zu Selterhausen unter Mitwirkung des Gesangervereins „Frohmann“ aus Stötteritz und den Sängern des Arbeiter-Bildungs-Vereins in Leipzig. Festrede vom Reichstagsabg. Matteler. Der Vertreter unseres Wahlkreises, Herr Demmler, hat sein Erscheinen bestimmt zugesagt. Billets sind zu haben für Herren 30 Pf., für Damen 20 Pf. beim Castellan Lehmann, Arbeiter-Bildungs-Verein, Herrn Grude, An der Papiermühle zu Stötteritz, Herrn Dohne, Volkmarzdorf, sowie in meinem Lokal. Scharr, Restaurateur. Größung: 4 Uhr. Anfang: 4 1/2 Uhr. Die Freunde der Arbeiterfrage ersuche ich, ein schönes Fest versprechend, dem von Herrn Scharr veranstalteten Feste so zahlreich wie möglich beizuwohnen. H. Dohne. [540] Meinen Freunden und Fachgenossen in München herzlichste Debe-wohl! Otto Schröder, Schneider. [60] Freunde und Parteigenossen, welche den Aufenthalt des Daniel Keil (Schuhmacher von Mosbach, Hessen) kennen, sind dringend um Angabe desselben ersucht. H. Reichhart. [120] Allg. Arbeiterbildungsverein St. Gallen.

Filialexpedition betr. Vom 1. April an ist die Filiale für die Parteiblätter in Thonberg anderweitig zu vergeben. Parteigenossen, welche gewonnen sein sollten, dieselbe zu übernehmen, werden ersucht, sich mit uns ins Einvernehmen zu legen. Leipzig. Die Exped. des „Vorwärts“.

Soeben erschien: Die Märtyrer der Commune in Neucaledonien. Berichte zweier Entwichenen. Von Paschal Groussot und Dr. Jourde. Preis: 30 Pfennig. Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt. Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Vagen bilden ein unvergleichliches Denkmal, der Schmach für die Denker der Pariser Commune. Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig. Färberstraße 12/11. Verantwortlicher Redakteur: B. Liebknecht in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/11. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.